



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

momentan bewegt uns sehr viel: Der brutale Krieg in der Ukraine, die damit einhergehende Verachtung menschlichen Lebens und die Sanktionen, die die EU und unsere Bundesregierung gegenüber Russland auf den Weg gebracht haben. Alles mit Auswirkungen auf uns ganz persönlich, wir sehen es schon beim Einkaufen oder Tanken. Und immer noch ist auch die Pandemie Bestandteil unseres Alltags. Wir wollen uns aber von alledem nicht niederdrücken lassen.

Am 12. Juni ist Bürgermeisterwahl. Michael Göllner kandidiert erneut. Die Mitglieder der Hammersbacher SPD haben ihm aus gutem Grund dafür einstimmig ihr Vertrauen ge-

schenkt. Nun braucht er jede Stimme! In den kommenden Wochen werden wir dafür werben und hoffentlich viele Wählerinnen und Wähler überzeugen, dass es das Beste ist, wenn er unser Bürgermeister bleibt.

Wir freuen uns darauf, nach den Corona-Lockdowns wieder mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Das persönliche Miteinander ist das Allerwichtigste, und wir sind froh, dass das das jetzt wieder möglich ist. Deshalb haben wir uns auch entschlossen, endlich wieder einen „Rock in den Mai“ zu veranstalten. Und wir hatten recht: Viele haben darauf gewartet. ■



Susana Cid Jovic,
Vorsitzende des SPD-Ortsvereins

In schwierigen Zeiten brauchen wir einen echten Göllner

Michael Göllners Bürgermeisterwahlkampf nimmt jetzt Fahrt auf. Am 12. Juni können die Wählerinnen und Wähler dann darüber entscheiden, wer unsere Gemeinde in den nächsten sechs Jahren führen soll. Für die SPD Hammersbach gibt es natürlich nur eine Empfehlung: Michael Göllner. Seit fast 18 Jahren ist er mit Leib und Seele Bürgermeister unserer Gemeinde und soll es auch bleiben!

Er hat in dieser Zeit unzählige Projekte angestoßen und dafür gesorgt, dass sie auch verwirklicht wurden. Unsere Gemeinde hat er nach innen und außen herausragend repräsentiert. Für die Menschen in Hammersbach ist er ein zugewandter, verbindlicher, ehrlicher und verlässlicher Ansprechpartner. Und weit über die Gemeindegrenzen – und dort auch über die Parteigrenzen hinweg – hat er sich einen sehr guten Ruf erarbeitet. Davon profitiert unsere Gemeinde.

Mit ihm hat sich Hammersbach hervorragend entwickelt. Bei großen Projekten wie der Seniorendependance oder der gemeinsamen Feuerwehr hat er ein enormes Maß an Beharrlichkeit und Durchsetzungsfähigkeit unter Beweis gestellt und die vielen Beteiligten erfolgreich unter einen Hut gebracht.

Dafür, dass Bürgerinnen und Bürger sich mit ihren Ideen und Vorschlägen beteiligen können, hat Michael Göllner sich immer wieder eingesetzt. Bei der Dorferneuerung, im Energie-Team und in vielen Gesprächsrunden zu kommunalen Themen hat er betroffene und interessierte Bürgerinnen und Bürger an einen Tisch gebracht, um gemeinsam Lösungen zu finden. Er hört zu und packt an.

Wir kennen ihn und wissen:

Michael Göllner würde nie für sich in Anspruch nehmen, immer alles richtig zu machen. Aber er ist immer echt! ■

ECHT.

Rechtstreit statt Politik?

Der Hanauer Anzeiger berichtet gerne darüber und die schwarz-grüne Koalition freut sich, wenn das Thema weiter hochgehalten wird. Die Bürgerinitiative Schatzboden stellt es am liebsten so dar, als ginge es bei dem Rechtsstreit zwischen der Gemeindevertretung Hammersbach und dem Zweckverband Limes um persönliche Verfehlungen unseres Bürgermeisters, der zugleich auch Vorsitzender des Verbandes ist.

Die Realität

Michael Göllner setzt um, was die drei Gemeinden und die Versammlung des Zweckverbandes beschlossen haben. Diese Arbeit erledigt er engagiert und ordentlich nach Recht und Gesetz, wie man es von einem Verbandsvorsitzenden auch erwartet. Es gibt deshalb auch keinerlei Versuche, gegen irgendeine seiner Handlungen als Verbandsvorsitzender zu klagen.

Die beabsichtigte schwarz-grüne Klage richtet sich nicht gegen Bürgermeister Göllner, sondern allein gegen den inzwischen rechtskräftigen Bebauungsplan für die West-Erweiterung des Gewerbegebiets. Mit der neuen schwarz-grünen Ein-Stimmen-Mehrheit hat die Gemeindevertretung beschlossen, dass die Gemeinde alle gerichtlichen und außergerichtlichen Schritte unternehmen soll, um den Bebauungsplan für die West-Erweiterung des Interkommunalen Gewerbegebietes rechtlich anzugreifen.

Es geht also nicht gegen Michael Göllner, aber gegen den Zweckverband. Dabei ist die Gemeinde Hammersbach doch selbst Mitglied des Zweckverbandes. Schwer verständlich, oder?

Um das zu verstehen, muss man einige Jahre zurückschauen:

2016

- Die drei Gemeinden Hammersbach, Büdingen und Limeshain beschließen gemeinsam, das Gewerbegebiet Limes zu erweitern und zusammen mit der Firma Dietz zu entwickeln. Auch etwa 2,5 Hektar Fläche für kleinere Betriebe sollen ausgewiesen werden.
- Die Zweckverbandsversammlung bestätigt mit 12:3 Stimmen die Beschlüsse der drei Kommunen.
- Die Rechtsaufsicht prüft und genehmigt die Erweiterungspläne.
- Der Weg ist frei, um Verträge abzuschließen, Land zu kaufen und das Bebauungsverfahren einzuleiten.

Das aufwändige Verfahren danach dauert fünf Jahre.

Herbst 2021

- Die Verbandsversammlung beschließt abschließend den Bebauungsplan und das Regierungspräsidium genehmigt ihn – womit er jetzt rechtskräftig geworden ist.

Nach der Wahl 2021 bildete sich in Hammersbach die schwarz-grüne Koalition, die seitdem eine 1-Stimmen-Mehrheit in unserer Gemeindevertretung hat.

Diese Koalition geht jetzt gegen vermeintliche rechtliche Verstöße vor, denn in der Verbandsversammlung gibt es bis heute keine Mehrheit dafür, die mehrjährigen Entwicklungen zurückzunehmen.

Der politische Weg ist für die schwarz-grüne Koalition versperrt. Deshalb versucht sie gerichtlich vorzugehen.

Die beabsichtigte schwarz-grüne Klage richtet sich nicht gegen Bürgermeister Göllner

Interessant: Der Fraktionsvorsitzende und jetzt auch Bürgermeisterkandidat der CDU, Alexander Kovacsek, hat 2011 für die Satzung des Zweckverbandes gestimmt. Zehn Jahre lang gab es von ihm keine Hinweise, dass an der Satzung rechtlich etwas fragwürdig sein könnte. Auch vor einem angeblichen Fehler beim Beschluss 2016 hat er fünf Jahre niemanden gewarnt und die einjährige Frist zur Beanstandung des Beschlusses verstreichen lassen. Im vergangenen Jahr setzte er sich dann aber an die Spitze der Klage-Bewegung.

Bürgermeister Göllner hat den Beschlüssen der schwarz-grünen Koalition widersprochen. Das gebietet ihm die Hessische Gemeindeordnung, wenn er meint, Schaden von der Gemeinde abwenden zu müssen. Der Widerspruch des Bürgermeisters hat aufschiebende Wirkung, wogegen die Gemeindevertretung (genauer: die schwarz-grüne Koalition) ihre erste Klage richtete. In der ersten Instanz hat das Verwaltungsgericht Frankfurt diese aufschiebende Wirkung aufgehoben. Bürgermeister Göllner lässt den Beschluss nun in nächster Instanz überprüfen.¹⁾

So, wie es aussieht, stehen wir vor juristischen Auseinandersetzungen, die sich lange hinziehen werden. Das muss nicht sein. Wir raten: Realitäten anerkennen, Vertragstreue zeigen, gut und verlässlich mit den anderen Gemeinden im Verband zusammenarbeiten. ■

1) Eine genauere Einschätzung des Verwaltungsgerichtsbeschlusses findet sich auf unserer Homepage unter www.spd-hammersbach.de – einfach QR-Code mit dem Smartphone scannen.



Sonnenergie

Klimaschutz darf kein Lippenbekenntnis sein

Politischer (aber kein persönlicher) Streit um die Sache, ein Ringen um die besten Ideen, Kompromisse schließen und das Beste für die Gemeinde mit möglichst breiter Mehrheit suchen. So sieht Politik im Idealfall aus. So möchten wir Politik leben.

Derzeit ist man in Hammersbach davon leider um einiges entfernt. Im letzten Jahr mussten wir erleben, dass ein ganzer Strauß von Anträgen, die wir eingereicht hatten, zwei Wochen später im fast gleichen Wortlaut von der schwarz-grünen Koalition selbst eingereicht wurde. Deren Anträgen wurde dann zugestimmt, unsere wurden abgelehnt. Nun ja – eventuell übt man den Stil noch.

Doch wirklich überraschend war für uns, wie Schwarz-Grün mit unserem Antrag umgegangen ist, ein Förderprogramm für Photovoltaikanlagen aufzulegen.

Im Angesicht der Klimakrise wollten wir die Nutzung der Sonnenenergie fördern. Das ist heute dringender denn je.

Die Diskussion um die Energiesicherheit, die der Ukraine-Krieg entzündet hat, zeigt uns, dass nichts verbummelt werden darf, sondern dass wir beim Umstieg auf erneuerbare Energien schneller werden müssen.

Wir müssen beim Umstieg auf erneuerbare Energien schneller werden

Leider lehnte die grün-schwarze Koalition unseren Antrag mit 11:11 Stimmen ab. Sachlich konnte das nicht begründet werden, so dass wir annehmen, dass es ausschließlich daran lag, dass es ein Antrag der SPD war. Wir haben in der Ausschusssitzung wie auch in der Gemeindevertretung Kompromisse vorgeschlagen – alles stieß auf taube Ohren. Schwarz-Grün will lieber auf eine*n Klimaschutzmanager*in warten, um die Solarförderung dann in einem Gesamtkonzept ganzheitlich zu betrachten. Damit verlieren wir wertvolle Zeit. ■

Familienpolitik

Schwarz-Grün lehnt Entlastung für Familien ab

Hammersbach steht momentan finanziell gut da. Das ist ein Erfolg der politischen Arbeit unseres Bürgermeisters und der Gemeindevertretung der letzten Jahre. Natürlich ist es auch den verbesserten finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen und der robusten Wirtschaft zu verdanken. Für uns war das in den Haushaltsberatungen Anlass genug, ein Wahlversprechen einzulösen.

Wir wollen echte Entlastung für Familien

Wir haben beantragt, die Gebühren in der U3 pro Kind im Monat um 50 Euro zu senken. Für viele Familien eine echte Entlastung, für die Gemeinde leistbar.

Die Gebühren der Eltern für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder in den staatlichen Ein-

richtungen – von der U3 bis zur Uni – müssen nach unserer Auffassung so gering wie möglich gehalten werden. Im Idealfall sollten gar keine Gebühren anfallen. Dies gilt in unseren

Augen nicht nur für Kinder zwischen drei und sechs Jahren, wo das inzwischen für die Kernzeit

des Kindergartenbesuchs gelöst ist, sondern auch für die Kinder in der U3.

Der Antrag wurde mit 11:11 Stimmen abgelehnt, weil die schwarz-grüne Koalition meinte, die finanziellen Spielräume wären nicht gegeben. Wir haben zwar vorgerechnet, dass dies möglich ist, doch offenbar sind bei der Koalition gute Ideen nicht willkommen, wenn sie nicht aus den eigenen Reihen kommen. ■



Gute Entscheidungen im Gemeindeparlament

Natur-Kita, Tagespflege und Kunstrasenplatz ermöglicht

Es geht aber auch noch einiges zusammen in der Hammersbacher Kommunalpolitik.

► Die von uns beantragte Prüfung, ob und wie eine Tagespflege für Senioren geschaffen werden kann, hat am Ende ergeben, dass die Tagespflege Kremer auch bei uns eine solche Einrichtung bauen und betreiben würde. Um den Besuch der Einrichtung unabhängig vom Portemonnaie möglich zu machen, entlastet die Gemeinde zukünftig die Besucher und gibt einen Zuschuss von jährlich 40.000 Euro. Nicht als Subvention für das Unternehmen, sondern um den Eigenanteil der Besucher zu reduzieren.

► Auch ein Naturkindergarten soll in diesem Frühjahr eröffnen. Diese privat getragene Einrichtung schafft zusätzliche Betreuungsplätze

in unserer Gemeinde und wird zukünftig mit ihrem besonderen Konzept das kommunale Angebot ergänzen.

► Vor einigen Jahren haben wir den Bau eines Kunstrasenplatzes auf die Agenda gesetzt, insbesondere um den Jugendfußball zeitgemäß zu fördern. Wir haben auch beantragt, dass die Gemeinde Geld anspart. Das hat sie getan. Nicht in Form eines Kredites, wie ursprünglich vorgesehen, aber durch Rücklagen, die in den letzten Jahren gebildet wurden.

Diesen Umstand hat die die grün-schwarze Koalition zum Anlass genommen, um 12.500 Euro für Planungsmittel im Haushalt 2022 zu beantragen. Ein schwacher Aufschlag mit einer viel zu geringen, unzureichenden

Summe. Die SPD beantragte 40.000 Euro für Planungskosten und eine Festlegung im Investitionsprogramm für den Bau im Jahr 2024. Daraufhin nahm die Koalitionen den Wettbewerb an und beantragte 60.000 Euro für die Planung und den Baubeginn bereits für 2023. Wir hätten uns gewünscht, dass man dies zu einem gemeinsamen Antrag macht, da ja alle offensichtlich das Gleiche wollen. Dem wurde leider nicht gefolgt, also stimmten wir dem Antrag der Koalition zu.

Wir sind überzeugt, dass es den Fußballbegeisterten, die den Platz in Zukunft nutzen können, egal ist, wessen Antrag letztlich zugestimmt wurde. ■



WIR WÄHLEN ECHT.

✉ Ab jetzt ist Briefwahl bereits möglich

www.spd-hammersbach.de

Kontakt & Impressum

Herausgeber: SPD-Ortsverein und SPD-Fraktion Hammersbach
 ViSdP: Wilhelm Dietzel, Vorsitzender der SPD-Fraktion
 Susana Cid Jovic, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins
 Redaktion: Wilhelm Dietzel, Susana Cid Jovic
 Auflage: 2500 Stück
 Gestaltung: mainblick marketing & mediengestaltung, Hanau
www.mainblick.de

SPD-Ortsverein Hammersbach
 Susana Cid Jovic
 Am Galgenberg 7
 63546 Hammersbach
 Telefon: 0 61 85 / 5039677
 E-Mail: fragen@spd-hammersbach.de
 Internet: www.spd-hammersbach.de

